

WZ 267.16



Bild: Ralph Ribi

Am 14. Juni des vergangenen Jahres mussten Teile der Autobahn A1 bei Wil gesperrt werden, weil der Krebsbach über die Ufer trat.

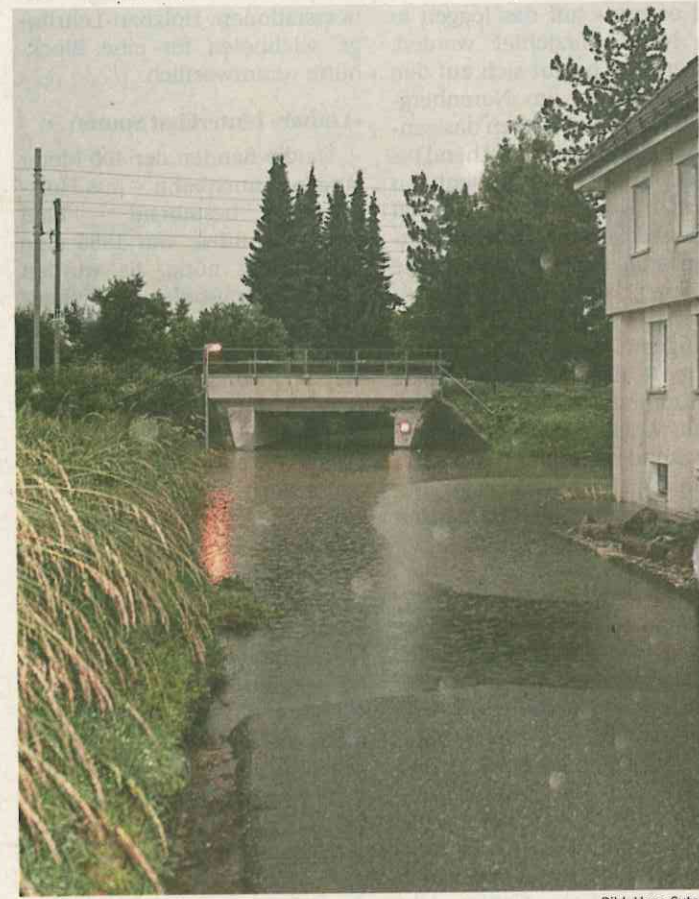


Bild: Hans Suter

Der überlaufende Krebsbach füllte in Rickenbach die Bahnunterführung.

Hochwasserschutz: Rickenbach bietet Hand, stellt aber Forderungen

SIMON DUDLE

REGION. Noch immer präsent sind die Ereignisse des 14. Juni 2015. An jenem Sonntagabend entlud sich ein aussergewöhnlich starkes Gewitter über der Region Wil und sorgte für Millioenschäden. Die Weierwiese wurde überschwemmt, die Bahnhofunterführung verwandelte sich in einen See – vor allem aber wurde die Autobahn bei der Einfahrt Wil geflutet. Nur mit Glück gab es keine verletzten Personen.

Gefahr nicht gebannt

Kommt es erneut zu einem solchen Unwetter, wird Gleiches wieder passieren. Kann nämlich der Düker, welcher den Krebsbach unter der Autobahn durchführt, die Wassermassen nicht

schlucken, und läuft auch der Entlastungskanal über, so fliesst das Wasser auf die Autobahn A1.

Kosten in Millionenhöhe

Jener Juni-Abend hat gezeigt: Massnahmen sind nötig. Welche das sein sollen, wird aber noch rege diskutiert. Am Hochwasserschutzprojekt beteiligt sind die Gemeinden Wil, Rickenbach und Wilen. Ein vom Kanton Thurgau erarbeitetes Vorprojekt ist dem Bund eingereicht und von diesem geprüft worden. Dieser hiess es gut, setzte aber Fragezeichen hinter den bereits erarbeiteten Kostenteiler. Gemäss Vorprojekt müsste Wil 3,2 Millionen Franken bezahlen, Rickenbach 2,8 Millionen und Wilen 3,7 Millionen. Zudem wurde das Kosten-Nutzen-Verhältnis bemängelt. Widerstand kommt aus

Rickenbach, wo alle Bäche zusammenfliessen. Die Gemeinde hatte sich vergangenes Jahr aus dem Projekt verabschiedet.

Düker mit Mengenbegrenzung

Dies war nicht im Sinne des Kantons Thurgau, der die Federführung hat. Er könnte zwar die Schutzmassnahmen per Regierungsratsbeschluss anordnen, liefe aber Gefahr, dass von Rickenbacher Seite das Projekt mit Einsprachen bis vor Bundesgericht um Jahre verzögert würde. Die zuständige Regierungsrätin Carmen Haag schaltete sich ein und hat den Rickenbacher Gemeinderat zu einem Gespräch geladen. Dabei ging es auch um den Streitpunkt «zweiter Düker für den Krebsbach». Gemeindepräsident Ivan Knobel befürchtet, dass Rickenbach stärker be-

troffen wäre, wenn noch mehr Wasser ins Dorf flösse. Dies bestätigt ein Gutachten, das der Rickenbacher Gemeinderat in Auftrag gegeben hat.

Im Gespräch mit Carmen Haag haben die Rickenbacher

«Unser Enthusiasmus hält sich in engen Grenzen. Wir bieten aber Hand.»

Ivan Knobel
Gemeindepräsident Rickenbach

einen Kompromiss vorgeschlagen. Sie wollen den Massnahmen zustimmen, wenn mit dem Bau eines zweiten Dükers eine Mengenbegrenzung der gesamten Dükerkapazität von maximal

20 Kubikmeter Wasser pro Sekunde festgelegt wird. Zu diesem Vorschlag gehört auch, dass der Kostenteiler angepasst wird. «Das Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmt nicht, vor allem verglichen mit der Stadt Wil. Müssten die Wiler das Problem mit dem Krebsbach selber lösen, würde das gemäss unserem Gutachten 10 bis 20 Millionen Franken kosten. «Ohne zusätzliches Wasser, das über Rickenbach abgeleitet würde, könnten wir unsere Defizite im Hochwasserschutz in Eigenregie günstiger lösen als die veranschlagten 2,8 Millionen Franken», sagt Ivan Kobel.

Entscheid noch 2016 erwartet

Die weiteren Partner des Hochwasserschutzprojektes sind nicht auf diesen Vorschlag eingetreten. Um die Projektierungs-

arbeiten unter Federführung des Kantons weiterführen zu können, ist ein Beschluss der Thurgauer Regierung nötig. Klemens Müller vom Thurgauer Amt für Umwelt erwartet diesen noch 2016. Er sagt: «Geplant ist, unabhängig davon ein Auflageprojekt zu erarbeiten. Es ist aber die Frage zu beantworten, wer welche Anteile der Kosten trägt.»

In Rickenbach will man den Entscheid des Regierungsrates abwarten und dann über das weitere Vorgehen entscheiden. «Unser Enthusiasmus hält sich in engen Grenzen. Wir sind aber bereit, Hand zu bieten für ein Projekt, das für alle Beteiligten ein gutes ist», sagt Ivan Knobel. Die Gesprächsbasis ist also wieder gefunden. Bis zur konkreten Umsetzung werden aber noch einige Jahre vergehen.